

## Beschluss Positionspapier zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Gremium: JVV 2023  
Beschlussdatum: 17.11.2023

### Antragstext

1 Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst mess- und sichtbar. Die  
2 gesellschaftlichen und historischen Ursachen sind vielfach wissenschaftlich  
3 belegt. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine  
4 weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt.  
5 Wir leben im Zeitalter des Kapitalozäns: Der Ursprung der Klimakrise liegt in  
6 kapitalistischen und kolonialen Strukturen.<sup>[i]</sup> Daher sind Länder und Menschen  
7 des Globalen Nordens<sup>1</sup> in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich.  
8 Historisch gesehen haben sie den Großteil der Treibhausgasemissionen  
9 ausgestoßen.<sup>[ii]</sup> Trotzdem sind Länder und Menschen des Globalen Südens<sup>1</sup> schon  
10 seit Generationen am stärksten von den Folgen der Umweltausbeutung und der  
11 Klimakrise betroffen. Sie gründeten Widerstands- und Umweltbewegungen dagegen.  
12 Zudem spüren insbesondere junge und nachfolgende Generationen, von (Mehrfach-  
13 )Diskriminierung betroffene Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen  
14 die Auswirkungen der Klimakrise in besonderem Maße.

15  
16 <sup>1</sup> Die Begriffe "Globaler Norden" und "Globaler Süden" verweisen nicht auf  
17 geografische Kategorien. „Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im  
18 globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und  
19 ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine  
20 mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die  
21 unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als  
22 vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete“ (glokal  
23 2013).

24 Quelle: glokal 2013: Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von  
25 Auslandsaufenthalten rassistisch kritisch betrachtet. URL:  
26 [https://www.glokal.org/wp-](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf)  
27 [content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf),  
28 S. 8, aufgerufen am 23.09.2023.

29 Um die Folgen der Klimakrise einzudämmen, hat sich die internationale  
30 Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die  
31 globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und  
32 Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5 Grad Celsius  
33 anzustreben. Im März 2023 veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen  
34 sechsten Sachstandsbericht, der die gravierende Handlungslücke zur Einhaltung  
35 des 1,5 Grad-Ziels deutlich unterstreicht.<sup>[iii]</sup> Das Fenster, in dem die  
36 Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, wird sich in wenigen Jahren  
37 schließen. Die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Staaten reichen  
38 nicht aus, um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einzuhalten. Jedes  
39 Zehntelgrad Erwärmung hat schwerwiegende Konsequenzen. Unter anderem werden  
40 Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, Biodiversität geht verloren, Konflikte um  
41 natürliche Ressourcen nehmen zu, Extremwetterereignisse treten vermehrt auf und  
42 Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und Heimat. Dies ist ein unhaltbarer  
43 Zustand.

44 Als NAJU setzen wir uns für junge und marginalisierte Gruppen ein. Deshalb  
45 fordern wir einen wirksamen und gerechten Klimaschutz. Ziel ist der Erhalt von  
46 Lebensgrundlagen und einer intakten Natur. Deshalb muss eine sozial-ökologische  
47 Transformation die globale Erwärmung schnellstmöglich bremsen und die Erfüllung  
48 der Grundbedürfnisse aller Menschen sicherstellen.

49 Daher fordern wir:

- 50 1. Eine ambitionierte und sozialgerechte Klimapolitik der Bundesregierung  
51 sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem  
52 1,5 Grad-Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen  
53 Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in  
54 Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.
- 55 2. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen  
56 Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.
- 57 3. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um  
58 mindestens 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen  
59 der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.
- 60 4. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden  
61 als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt,  
62 während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist.
- 63 5. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Zusammenhangs  
64 zwischen Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus. Anhaltende koloniale  
65 Machtstrukturen müssen konsequent abgebaut werden.
- 66 6. Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere FLINTA\*-  
67 Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), BIPOC,  
68 (mehrfach-)diskriminierte Menschen, Menschen in prekären Lebenssituationen  
69 und junge Menschen müssen aus Perspektive der Gender-, Generationen- und  
70 Klimagerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.
- 71 7. Die Sichtbarmachung von Perspektiven, Umweltbewegungen und  
72 Widerstandskämpfen von BIPOC (Black, Indigenous and People of Color).
- 73 8. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den  
74 Ländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, muss Deutschland  
75 eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies gilt sowohl innerhalb  
76 der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen.
- 77 9. Das Ende des Raubbaus und der Ressourcenausbeutung insbesondere im  
78 Globalen Süden zugunsten des Globalen Nordens.
- 79 10. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen der  
80 Klimakrise zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.
- 81 11. Eine Erhöhung der von Deutschland bereitgestellten internationalen  
82 Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro bis 2025. Das neue  
83 Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten  
84 von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Deutschland muss sowohl  
85 Gelder für die Emissionsminderung und Anpassung als auch zusätzliche

- 86 Mittel für den vereinbarten Fond für Klimawandelschäden und -verluste  
87 bereitstellen.
- 88 12. Die Anerkennung der gravierenden Folgen der Klimakrise als Fluchtursache  
89 und die Gewährleistung von Schutz für flüchtende sowie schutzsuchende  
90 Menschen.
- 91 13. Den Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als  
92 natürliche Kohlenstoffsenken.
- 93 14. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die klimaresiliente Lebensräume  
94 schafft und Biodiversität fördert. Zugleich muss die Zukunft für  
95 Landwirt\*innen gesichert sein.
- 96 15. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei  
97 die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land  
98 berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert  
99 werden.
- 100 16. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und  
101 Erwachsenen gegenüber der Klimakrise, ihrer Auswirkungen und der  
102 notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und  
103 außerschulischer Bildungsarbeit.
- 104 17. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und  
105 marginalisierten Gruppen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen  
106 auf allen Ebenen.
- 107 18. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, die strukturelle  
108 Probleme löst.

#### 109 Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

- 110 1. Das zur Verfügung stehende CO<sub>2</sub>-Budget gibt laut Sachverständigenrat für  
111 Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag  
112 Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer  
113 Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038  
114 klimaneutral sein.[\[iv\]](#) Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat  
115 das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität  
116 bereits 2035 machbar wäre.[\[v\]](#) Dafür notwendig sind ambitionierte  
117 Investitionen und ein gesellschaftlicher Umbau. So wird sichergestellt,  
118 dass der deutsche Anteil am verbleibenden globalen CO<sub>2</sub>-Budget für das 1,5  
119 Grad-Ziel nicht überproportional beansprucht wird.
- 120 2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen  
121 ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und  
122 Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine  
123 vollständige klimaneutrale Stromversorgung mit Erneuerbaren bis 2035 ist  
124 umsetzbar[\[vi\]](#) und von elementarer Bedeutung. Dazu braucht es erhebliche  
125 Investitionen in die Forschung zu erneuerbaren Energien sowie zu Leitungs-  
126 und Speichertechnologien, den großflächigen Ausbau dieser und den Abbau  
127 struktureller und bürokratischer Hürden. Um Erneuerbare Energien mit

- 128 Arten- und Naturschutz zu vereinen, müssen Herausforderungen deutlich  
 129 adressiert und abgewogen werden, Fachpersonal befragt und regionale  
 130 Lösungen umgesetzt werden.[\[vii\]](#) Die Einbindung der Bürger\*innen vor Ort  
 131 ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.  
 132 Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Ausstieg aus fossilen  
 133 Energieträgern schnell eingeleitet werden. Dafür muss Deutschland bis 2030  
 134 aus der Kohleverstromung aussteigen.
- 135 3. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg  
 136 gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis  
 137 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen  
 138 Reduktionsziels bis 2030 auf 55 Prozent kann hier nur ein erster Schritt  
 139 sein und muss zeitnah weiter auf 65 Prozent netto (d.h. ohne Anrechnung  
 140 von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen  
 141 zu setzen.[\[viii\]](#)
- 142 4. Die Länder und Menschen des Globalen Nordens müssen sich über ihre Rolle  
 143 als Hauptverursacher\*innen der Klimakrise bewusst werden, dementsprechend  
 144 Verantwortung übernehmen und für Schäden und Verluste aufkommen. Sie sind  
 145 historisch für den größten Anteil der Treibhausgasemissionen  
 146 verantwortlich und profitieren wirtschaftlich am meisten.[\[ii\]](#) Die Folgen  
 147 der Klimakrise spüren jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. Länder und  
 148 Menschen des Globalen Südens sind am stärksten von der Klimakrise  
 149 betroffen. Die von Ländern des Globalen Nordens (insbesondere der EU)  
 150 forcierten Freihandelsabkommen verschärfen und verfestigen diese  
 151 Ungleichheiten zusätzlich, indem beispielsweise Umweltprobleme in Länder  
 152 des Globalen Südens ausgelagert werden.
- 153 5. Im Zuge des Kolonialismus haben Europäer\*innen andere Menschen massenweise  
 154 verschleppt, versklavt und getötet. Dieses Unterdrückungssystem beruhte  
 155 auf einer Rassifizierung von Menschen, das heißt auf der Erfindung von  
 156 hierarchisch geordneten „Menschenrassen“. Dabei ordneten sich weiße  
 157 Menschen selbst positive Eigenschaften zu, den kolonialisierten,  
 158 versklavten Menschen ordneten sie hingegen gegensätzliche negative  
 159 Eigenschaften zu. Neben der Einteilung in Schwarze und weiße Menschen  
 160 wurde die Welt in weitere hierarchisch geordnete, binäre Gegensatzpaare  
 161 geteilt, unter anderem in die Kategorien Mann und Frau, heterosexuell und  
 162 homosexuell, nicht be\_hindert und be\_hindert usw. Durch diese koloniale  
 163 Einteilung der Welt schufen sich die Europäer\*innen eine Rechtfertigung,  
 164 um die kolonisierten Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und  
 165 abzuwerten.[\[ix\]](#)  
 166 Die Bildung von Gegensatzpaaren machte auch vor der Natur keinen Halt:  
 167 weiße Menschen schrieben kolonisierten Menschen zu, primitiv und naturnah  
 168 zu sein. Zugleich waren sie der Ansicht, dass sie selbst durch ihr  
 169 rationales Denken von der Natur entkoppelt seien. Die Natur wird in diesem  
 170 Denken zu etwas Gestaltbaren und Beherrschbaren. Zugleich wird verleugnet,  
 171 dass der Mensch als biologisches Wesen Teil von der Natur ist und von  
 172 natürlichen Ökosystemen abhängig ist. Durch die Abwertung von Natur hat  
 173 das koloniale Denken die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen

174 zugunsten von Profiten ermöglicht. Die Klimakrise hat ihre Wurzeln in  
 175 diesem Denken.

176 1.

177 Diese Zusammenhänge von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus  
 178 müssen anerkannt und beendet werden, um Klimagerechtigkeit zu  
 179 schaffen.[\[ix\]](#)

180 6. Diskriminierungen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus  
 181 (Diskriminierung von behinderten Menschen) oder Ageism (Diskriminierung  
 182 aufgrund des Alters) stellen soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse  
 183 dar und wirken intersektional.[\[x\]](#) Sie drängen bestimmte gesellschaftliche  
 184 Gruppen an die gesellschaftlichen Ränder. Von (Mehrfach-)Diskriminierung  
 185 betroffene Gruppen haben daher in der Regel weniger ökonomische Ressourcen  
 186 und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten. Sie können sich selbst nicht  
 187 im gleichen Maße vor Klimafolgen absichern und werden in staatlichen  
 188 Maßnahmen nicht unbedingt gleichermaßen berücksichtigt. So bekommen  
 189 marginalisierte Gruppen die Folgen der globalen Erwärmung am stärksten zu  
 190 spüren. Sie sind von der Klimakrise besonders betroffen, obwohl sie wenig  
 191 zur Erderwärmung beigetragen haben.[\[xi\]](#)

192 Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für  
 193 Klimagerechtigkeit, da FLINTA\*-Personen (Frauen, Lesben, Inter,  
 194 Nichtbinär, Trans, Agender) vor allem Personen aus dem Globalen Süden,  
 195 sehr stark von der Klimakrise betroffen sind.[\[xii\]](#) Insbesondere in den  
 196 Bereichen der Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, des Zugangs zu  
 197 Ressourcen, Gesundheitsvorsorge und politischer Beteiligung sind diese  
 198 stark benachteiligt. Sie haben meist einen geringeren sozialen Status,  
 199 sowie weniger politische und wirtschaftliche Macht als Männer. Dies geht  
 200 insbesondere auf die historisch bedingte androzentrische  
 201 (männerzentrierte) Sichtweise in Institutionen und Politik zurück.  
 202 Deswegen fordern wir das Aufbrechen der patriarchalen Strukturen sowie  
 203 eine verstärkte Sichtbarkeit und Unterstützung von FLINTA\*-Personen,  
 204 (mehrfach-) diskriminierte Menschen sowie Menschen in prekären  
 205 Lebenssituationen.

206 7. Heutzutage stehen vor allem weiße Klima- und Umweltbewegungen im  
 207 öffentlichen Fokus. Bewegungen von BIPoC (Black, Indigenous and People of  
 208 Color) werden dabei meistens außer Acht gelassen und vernachlässigt – nur  
 209 selten wird in den Medien über sie berichtet. Jedoch kämpfen BIPoC-  
 210 Aktivist\*innen schon seit Jahrzehnten gegen die Auswirkungen der  
 211 Klimakrise sowie gegen strukturelle Unterdrückungsmuster. Die Arbeit und  
 212 das Engagement von insbesondere jungen BIPoC-Aktivist\*innen müssen  
 213 sichtbar gemacht und anerkannt werden, da gerade sie besonders stark von  
 214 den Folgen der Klimakrise betroffen sind. (Einige Kurzvorstellungen von  
 215 BIPoC-Klimaaktivist\*innen können in der kostenlosen Broschüre  
 216 „Kolonialismus und Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand“ nachgelesen  
 217 werden.[\[ix\]](#)) Auch Widerstandsbewegungen von BIPoC bekommen wenig  
 218 Aufmerksamkeit, obwohl sie sich schon früh bildeten. Widerstandsbewegungen  
 219 von BIPoC-Aktivist\*innen fordern, Umweltprobleme nicht isoliert zu  
 220 betrachten. Stattdessen sollten sie als soziale Probleme behandelt werden,  
 221 die ihren Ursprung in gesellschaftlichen Hierarchien und  
 222 Ausbeutungssystemen haben. Durch die öffentliche Vernachlässigung von  
 223 BIPoC-Protesten wird das falsche Bild geschaffen, Menschen aus dem

- 224 Globalen Süden seien nicht am Umwelt- und Klimaschutz interessiert. Dies  
 225 ist auf die Ideologie des weißen Naturschutzes zurückzuführen, die im  
 226 Kolonialismus verwurzelt ist.[\[ix\]](#)
- 227 8. Deutschland als einer der größten globalen Emittenten und als Land mit  
 228 starken ökonomischen und technologischen Möglichkeiten trägt eine  
 229 besondere Verantwortung. Deshalb muss Deutschland auch innerhalb der EU  
 230 und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und  
 231 konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der  
 232 Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO<sub>2</sub>-Emissionen  
 233 fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere  
 234 Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll,  
 235 nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die  
 236 Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark  
 237 reglementiert und eingeschränkt werden muss. Zudem müssen Doppelzählungen  
 238 und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen werden und eine zusätzliche  
 239 Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen erwirkt werden.[\[xiii\]](#)
- 240 9. Länder und Menschen des Globalen Nordens profitieren von der  
 241 Ressourcenausbeutung des Globalen Südens. Dies hat seinen Ursprung in der  
 242 Kolonialzeit und hält bis heute an. Eine große Rolle spielt außerdem das  
 243 kapitalistische System, dass insbesondere auf Profit und Gewinn aus ist.  
 244 Unter anderem werden zugunsten des Globalen Nordens Rohstoffe sehr günstig  
 245 importiert.[\[ix\]](#) So kommt es zu einer Ausbeutung von Tieren, Pflanzen,  
 246 Menschen und Ökosystemen des Globalen Südens, die die Kosten unseres  
 247 Lebensstils tragen.[\[xiv\]](#)
- 248 10. 1. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits überall auf der Welt -  
 249 wenn auch in ungleichem Maße - zu spüren. Szenarien zu erstellen, um  
 250 diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die  
 251 aktive und zeitnahe Einrichtung beziehungsweise Anpassung von  
 252 Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug  
 253 erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu  
 254 gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch.[\[xv\]](#) Eine  
 255 besondere Bedeutung bei der Stadtentwicklung kommt dabei der  
 256 Entsiegelung von Flächen und dem Schaffen von Blau-Grüner-  
 257 Infrastruktur insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen zu. Gerade  
 258 in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen gibt es häufig einen  
 259 hohen Anteil versiegelter Flächen, die sich im Sommer besonders  
 260 stark aufheizen und so zu einem schlechteren Mikroklima führen.  
 261 Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von  
 262 Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention  
 263 bei. Dieser Umbau bietet durchaus Chancen: Es entstehen neue  
 264 Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen  
 265 Zusammenlebens. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und  
 266 Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute  
 267 einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als

268 wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen  
 269 umgesetzt werden müssen.

270 11. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste  
 271 diejenigen Länder treffen, die einen sehr geringen Anteil zu den globalen  
 272 Treibhausgasemissionen beigetragen haben und zugleich nicht über die  
 273 notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu  
 274 schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung  
 275 anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten.  
 276 Dies muss in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung sowie  
 277 Klimawandelschäden und -verluste erfolgen. Bisher hält die Gruppe  
 278 wohlhabender Länder ihr Versprechen nicht, von 2020 bis 2025 jährlich 100  
 279 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens  
 280 bereitzustellen. Die Bundesregierung muss sich für die Erfüllung des Ziels  
 281 stark machen und den eigenen Anteil von mindestens 8 Milliarden US-Dollar  
 282 pro Jahr bis 2025 absichern. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss  
 283 sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen  
 284 Länder ausrichten. Ein deutscher Anteil von 10 Prozent an der Gesamtsumme  
 285 muss sichergestellt werden.[\[xvi\]](#) Darüber hinaus muss sich die  
 286 Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die  
 287 internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes  
 288 kanalisiert und steuert.

289 12. Bereits heute beeinflusst die Klimakrise und die daraus resultierende  
 290 Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie  
 291 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer  
 292 Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen  
 293 Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf  
 294 internationaler Ebene dafür eintreten, dies zu ändern und das nationale  
 295 Recht anzupassen.[\[xvii\]](#)

296 13. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der  
 297 Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend  
 298 stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedrohung dar.  
 299 Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel  
 300 mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als  
 301 bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können  
 302 die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden. Dies bestätigen die  
 303 Berichte des Weltbiodiversitätsrat (IPBES)[\[xviii\]](#) und des Weltklimarats  
 304 (IPCC)[\[xix\]](#). Zudem sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz  
 305 gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen  
 306 (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um  
 307 Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden. Gleichzeitig  
 308 müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die  
 309 Biodiversität überprüft werden.

310 14. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23 Prozent  
 311 aller Emissionen verantwortlich.[\[xix\]](#) Die Landwirtschaft ist somit  
 312 weltweit einer der Haupttreiber der Klimakrise und hat gleichzeitig massiv  
 313 mit deren Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der  
 314 Zukunftskommission Landwirtschaft mit[\[xx\]](#) und setzt sich für einen  
 315 Brückenschlag zwischen Naturschützer\*innen und Landwirt\*innen ein. Eine

316 klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit  
 317 weltweit und kann so die Versorgung der Weltbevölkerung zukünftig  
 318 garantieren, sondern sichert auch Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der  
 319 Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der  
 320 Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität.[\[xxi\]](#)

321 15. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO<sub>2</sub>-Emissionen in  
 322 Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind.[\[xxii\]](#) 2019 wurden noch mehr als  
 323 ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer  
 324 postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des  
 325 Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen  
 326 überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95 Prozent der  
 327 Emissionen in diesem Sektor aus,[\[iv\]](#) sodass hier der entscheidende Hebel  
 328 besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr  
 329 zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge  
 330 durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer  
 331 Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und  
 332 Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich  
 333 reduziert werden. Um längere Distanzen zu überwinden, muss die Bahn in der  
 334 Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden.  
 335 Kurzstreckenflüge bis 1.000 Kilometer müssen zeitnah ersetzt werden. Damit  
 336 auch alle Menschen den ÖPNV tatsächlich nutzen können, muss dieser mitsamt  
 337 seiner Infrastruktur flächendeckend barrierefrei gestaltet werden und  
 338 strukturelle Benachteiligungen wie die schlechtere Anbindung von  
 339 sozioökonomisch vermeintlich schwächeren Stadtteilen und Regionen abgebaut  
 340 werden. Der ÖPNV und die entsprechende Infrastruktur wie Bahnhöfe müssen  
 341 auch sichere Orte insbesondere für von (Mehrfach-)Diskriminierung  
 342 betroffenen Menschen werden, um eine alternative zum Motorisierten  
 343 Individualverkehr zu werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der  
 344 NAJU[\[xxiii\]](#) sowie des Deutschen Bundesjugendrings[\[xxiv\]](#) zur  
 345 Mobilitätswende.

346 16. Um auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen, technologischen und  
 347 kulturellen Umbaus angesichts der Klimakrise angemessen reagieren zu  
 348 können, sind Verständnis und Handlungskompetenz in der Breite der  
 349 Gesellschaft notwendig. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen  
 350 Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft in  
 351 Zeiten der Klimakrise. Die Klimakrise und ihre Auswirkungen müssen  
 352 zentrale Inhalte in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von  
 353 besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen  
 354 und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz.  
 355 Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu  
 356 moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt  
 357 anzugehen, kann die Gesellschaft der Klimakrise wirkungsvoll begegnen. Das  
 358 Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt hierfür die  
 359 Grundlage dar.[\[xxv\]](#)

360 17. 1. Besonders vulnerable Gruppen müssen umfassend an politischen und  
 361 gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Neben  
 362 anderen marginalisierten Gruppen werden die Klimafolgen insbesondere  
 363 heutige junge und zukünftige Generationen treffen, die keine direkte



364 Verantwortung für die enormen Treibhausgasemissionen tragen. Sie  
 365 werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben wird  
 366 und wären bei fortschreitender Klimakrise stark in ihren  
 367 Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht  
 368 in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt.<sup>[xxvi]</sup>  
 369 Nur durch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten können sie die Welt  
 370 von morgen, in der sie leben werden, heute schon  
 371 mitgestalten.<sup>[xxvii]</sup> Diese Beteiligung muss auf allen politischen  
 372 Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Abschaffung des  
 373 Wahlalters<sup>[xxviii]</sup> oder durch Schaffung entsprechender Gremien und  
 374 Posten.

375 18. 1. Unsere Ressourcen auf dem Planeten sind begrenzt, weshalb  
 376 grenzenloses Wachstum eine Illusion ist. Zugleich führt das Streben  
 377 nach immer größeren Profiten zu einer immer größeren  
 378 Ungleichverteilung des Wohlstandes und zerstört Natur und Umwelt. Um  
 379 Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen, braucht es  
 380 eine umfassende gesellschaftliche Transformation.<sup>[xxix]</sup> Technische  
 381 Innovationen allein können die Klimakrise nicht lösen.  
 382 Umweltprobleme können nicht isoliert betrachtet werden, sondern  
 383 müssen als soziale Phänomene verstanden werden. Ökologische und  
 384 soziale Aspekte können sich wechselseitig verstärken – im Positiven  
 385 wie im Negativen.

386 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU sowie auf die Positionen  
 387 des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

388 <sup>[i]</sup>Zum „Capitalocene“:

389 Moore, J. W. 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis  
 390 of capitalism. In: Moore, J. W. (ed.) 2016: Anthropocene or Capitalocene?  
 391 Nature, history, and the crisis of capitalism. Oakland: PM Press, S. 1-13.

392 Zum „Racial Capitalocene“:

393 Davis, J., A. A. Moulton, L. van Sant und B. Williams 2019: Anthropocene,  
 394 Capitalocene, ... Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age  
 395 of Global Crises. Geography Compass 13 (5), doi: 10.1111/gec3.12438 .

396 Sharpe, C. E. 2016: In the wake. On Blackness and being. Durham: Duke University  
 397 Press.

398 Vergès, F. 2017: Racial capitalocene. In: Johnson, G. T. and A. Lubin (eds.):  
 399 Futures of black radicalism. London/New York : Verso, S. 72-82

400 <sup>[ii]</sup> Hickel, J. 2021: The anti-colonial politics of degrowth. Political  
 401 Geography 88 <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404> . URL, aufgerufen am  
 402 05.09.2023.

403 Chancel, L., T. Piketty 2015: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends  
 404 in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an  
 405 equitable adaptation fund. Paris: Paris School of Economics. URL, aufgerufen am  
 406 05.09.2023.

407 <sup>[iii]</sup> IPCC 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working  
 408 Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental  
 409 Panel on Climate Change. Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.). Genf:  
 410 IPCC Sekretariat, doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647 . URL, aufgerufen am  
 411 05.09.2023.

- 412 [\[iv\]](#) Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: Für eine entschlossene  
413 Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. [URL](#), aufgerufen am  
414 05.09.2023.
- 415 [\[v\]](#) Wuppertal Institut 2020: CO<sub>2</sub>-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen  
416 Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. [URL](#), aufgerufen  
417 am 05.09.2023.
- 418 [\[vi\]](#) Energywatchgroup 2021: Das Energiesystem der Zukunft. 100% Erneuerbare  
419 Energien für Deutschland bis 2030. Klimaschutz – Versorgungssicherheit –  
420 Wirtschaftlichkeit. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 421 [\[vii\]](#) NAJU 2022: NAJU-Resolution zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Zeit für  
422 einen Perspektivenwechsel zur Bewältigung von Klima- und Artenkrise. [URL](#),  
423 aufgerufen am 05.09.2023.
- 424 [\[viii\]](#) Climate Action Tracker: EU. County summary. [URL](#), aufgerufen am  
425 05.09.2023.
- 426 [\[ix\]](#) Bechert, L., Dodo, Shayli Kartal 2021: Kolonialismus & Klimakrise. Über 500  
427 Jahre Widerstand. Jugend im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
428 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 429 [\[x\]](#) Crenshaw, K. 2016: The urgency of intersectionality. [URL](#), aufgerufen am  
430 05.09.2023.
- 431 [\[xi\]](#) Kurwan, J. 2023: Klimagerechtigkeit. Bundeszentrale für politische Bildung  
432 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 433 [\[xii\]](#) Alber, G., D. Hummel, U. Röhr, M. Spitzner, I. Stieß 2018:  
434 Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Bundeszentrale für politische  
435 Bildung (ed.): APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. [URL](#), aufgerufen am  
436 05.09.2023.
- 437 [\[xiii\]](#) NABU, NAJU 2019: Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher  
438 schließen. NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid. [URL](#), aufgerufen am  
439 05.09.2023.
- 440 [\[xiv\]](#) Umweltbundesamt 2021: Ressourcennutzung und ihre Folgen. [URL](#), aufgerufen  
441 am 05.09.2023.
- 442 [\[xv\]](#) Umweltbundesamt 2022: Anpassung: Handlungsfeld Bevölkerungs- und  
443 Katastrophenschutz. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 444 [\[xvi\]](#) NABU, NAJU 2022: Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen.  
445 Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27.  
446 [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 447 [\[xvii\]](#) Schraven, B. 2019: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration.  
448 In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): Migration und Klimawandel. [URL](#),  
449 aufgerufen am 05.09.2023.
- 450 [\[xviii\]](#) IPBES 2019: Global assessment report on biodiversity and ecosystem  
451 services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and  
452 Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (eds.).  
453 Bonn: IPBES Sekretariat, <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>. [URL](#),  
454 aufgerufen am 05.09.2023.

- 455 [\[xix\]](#) IPCC 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC  
456 special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable  
457 land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial  
458 ecosystems. P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O.  
459 Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat,  
460 E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P.  
461 Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.). Genf: IPCC  
462 Sekretariat. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 463 [\[xx\]](#) Zukunftskommission Landwirtschaft 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine  
464 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission  
465 Landwirtschaft. BMUV (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 466 [\[xxi\]](#) NAJU 2013: Position zur ökologischen Landwirtschaft. [URL](#), aufgerufen am  
467 05.09.2023.
- 468 [\[xxii\]](#) BMUV 2021: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver  
469 Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. [URL](#),  
470 aufgerufen am 05.09.2023
- 471 [\[xxiii\]](#) NAJU 2017: Position zur Verkehrspolitik. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 472 [\[xxiv\]](#) Deutscher Bundesjugendring 2020: Junge Menschen bewegen – Eine  
473 nachhaltige Mobilitätswende für alle! [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 474 [\[xxv\]](#) NAJU: Bildung für nachhaltige Entwicklung. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 475 [\[xxvi\]](#) Bundesverfassungsgericht 2021: Verfassungsbeschwerden gegen das  
476 Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29.  
477 April 2021. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 478 [\[xxvii\]](#) NAJU 2020: Position zur Jugendbeteiligung. [URL](#), aufgerufen am  
479 05.09.2023.
- 480 [\[xxviii\]](#) NAJU 2021: Position zur Abschaffung des Wahlalters. [URL](#), aufgerufen am  
481 05.09.2023.
- 482 [\[xxix\]](#) NAJU 2021: Position zur Sozial-Ökologischen Transformation. [URL](#),  
483 aufgerufen am 05.09.2023.